

Bern, 24. November 2010



## PROTOKOLL DES PARTEITAGES

**Datum, Zeit** 24. November 2010, 19.00 bis 22.00 Uhr  
**Ort, Raum** Hotel Bern, Zeughausgasse, Bern  
**Präsenz** 157 Stimmberechtigte, davon 120 Delegierte von Sektionen und Regionalverbänden sowie 37 Mandatärinnen und Mandatäre  
**Absolutes Mehr** 79  
**Protokollführung** Sonja Walther



### Traktandenliste

<b>1. Eröffnung und Begrüssung</b> .....	2
<b>2. Wahlen zum Parteitag</b> .....	4
<b>2.1. StimmzählerInnen</b> .....	4
<b>2.2. Mandatsprüfungskommission</b> .....	4
<b>2.3. Wahlbüro</b> .....	4
<b>2.4. Tagesbüro</b> .....	4
<b>3. Genehmigungen</b> .....	4
<b>3.1. Tagesordnung</b> .....	4
<b>3.2. Geschäftsordnung</b> .....	4
<b>3.3. Protokoll des Parteitages vom 1.9.2010</b> .....	4
<b>4. Ständeratsersatzwahlen vom 13.2.2011: Nomination von Ursula Wyss</b> .....	4
<b>5. Ansprache Bundesrätin Simonetta Sommaruga</b> .....	6
<b>6. Nationalratswahlen vom 23.10.2011:</b> .....	6
<b>7. Ständeratswahlen vom 23.10.2011</b> .....	7
<b>8. Abstimmungen vom 13.2.2011</b> .....	8
<b>8.1. Neues AKW Mühleberg</b> .....	8
<b>8.2. Präsentation Gesetz Besteuerung der Strassenfahrzeuge und Volksvorschlag</b> .....	8
<b>9. Ersatzwahl in die Geschäftsleitung</b> .....	9
<b>10. Resolutionen</b> .....	9
<b>11. Schluss des Parteitages</b> .....	10

## 1. Eröffnung und Begrüssung

Roland Näf begrüsst zum ersten Mal als Präsident der SP Kanton Bern die Anwesenden.

Liebe Parteikolleginnen, liebe Parteikollegen, liebe Gäste

Vor weniger als 100 Tagen sind wir als Dreierteam im SP-Präsidium eingestiegen. Dabei habe ich mir vor allem etwas gewünscht: eine lebendige SP, eine lebendige Streitkultur. Und es kam viel schneller, als ich das hoffen konnte! Der Wunsch wurde fast so schnell erfüllt wie Wünsche in Märchen.

In den Medien gibt es in den letzten Wochen vor allem eine Partei, wir, die SP. Das allein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon stark. Auslöser war ein über 50-seitiger, anspruchsvoller Text, das Parteiprogramm. Nein, jetzt sage ich etwas Falsches, es waren eben genau nicht all die konkreten Vorschläge zur Wirtschaft, zur Energieversorgung, zur Umwelt, zu AHV, Pensionskassen, Gesundheitsversorgung und zur Bildung, welche zu einer sehr lebendigen Diskussion geführt haben, sondern Visionen: Überwindung des Kapitalismus, Abschaffung der Armee, EU-Beitritt, Grundeinkommen. Wer hat nach dem Lausanner Parteitag über etwas anderes diskutiert als über diese Begriffe?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch nach Lausanne haben sich viele SP Leute weiterhin eingesetzt in Kommissionen, Gemeinderäten und Regierungen, mit viel Engagement. Mit kleinen Schritten um eine Buslinie gekämpft oder für einen sichereren Schulweg oder für eine bessere Betreuung der Kleinsten im Kindergarten. Auch bei den konkreten Verbesserungen für den Alltag von uns allen haben wir die Nase vorn. Aushängeschilder für diese Arbeit sind Simonetta Sommaruga, unsere Regierungsrätin, unsere Regierungsräte, Stadt- und Gemeindepräsidentinnen und -Präsidenten sowie unzählige SP-Leute in Gemeinderäten und Kommissionen. Und sie werden sehr gut gewählt, wie vorletzten Sonntag im Kanton Jura, besser als die bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten. Klar, beim Ringen um konkrete, kleine Schritte stehen die "Überwindung des Kapitalismus" oder die "Abschaffung der Armee" nicht auf der Traktandenliste. Aber eine Vision ist uns SP-Leuten immer vor Augen, in jeder Sitzung, in jeder Diskussion: Wir kämpfen für eine Politik für alle statt für ein paar wenige.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterschätzen wir Visionen nicht. SP Leute suchen immer auch nach Ideen, wie der Kanton Bern, die Schweiz und die ganze Welt längerfristig zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit kommen. Wir suchen nach Ideen, wie auch unsere Urenkelkinder noch friedlich und mit vollem Magen in einer intakten Umwelt leben können. Ohne SP-Leute, die voraus denken, hätten wir heute weder das Frauenstimmrecht noch die AHV. Frauen und Männer, die vor 100 Jahren für solche Ideen an Parteiversammlungen gegangen sind, wurden als "Spinner", "Fanatiker" oder zumindest als "weltfremd" bezeichnet. Vieles, was heute selbstverständlich ist, ist die Utopie von gestern. Die Älteren hier im Saal erinnern sich bestimmt noch an die Bankeninitiative, die Ende der Siebzigerjahre lanciert wurde. Es ging um eine Einschränkung des Bankgeheimnisses sowie die Unterstützung des Auslands bei Steuerhinterziehung. 1984 wurde die Initiative hoch verworfen. Heute haben wir noch viel mehr Steuerhinterziehung auf Kosten der Menschen mit Lohnausweis. Erst jetzt sehen das sogar Bürgerliche kritischer. Und nach einem Meinungsslalom von Darbellay und Blocher haben sie das Bankgeheimnis gegenüber den US-Amerikanern geopfert, um ihre Sponsorin, die UBS, zu retten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz nebenbei, auch die FDP ist stark im Slalom, ein paar FDP-ler wollten sogar eine Slalomfahrerin im Ständerat. Was SP-Visionen bringen, werden wir auch beim Thema Einwanderung sehen: Mehr Sicherheit und weniger Kriminalität gibt es mit Gerechtigkeit,

mit Förderung und Forderung gegenüber Eingewanderten, aber bestimmt nicht mit dem Schüren von Hass und Missgunst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erreichen unsere Ziele mit konkreter politischer Arbeit und mit leidenschaftlichen, spannenden Debatten zu einem umfangreichen Parteiprogramm. Beides zusammen leistet sich sonst keine Partei. Die Verbindung von Vision und Realpolitik hat seit der Parteigründung die Erfolge der SP möglich gemacht. Wir sorgen zusammen dafür, dass die Breite der SP auch weiterhin erhalten bleibt. Übrigens, auch Bürgerliche, vor allem die bürgerlichen Tageszeitungen, haben ab und zu Visionen, eine hat nach dem Parteitag in Lausanne Furore gemacht, die Spaltung der SP. Da können wir alle etwas beitragen, damit es bei einem bürgerlichen Hirngespinnst bleibt. Und wie machen wir das? Mit etwas mehr Gelassenheit und Humor kämpfen wir für eine Politik für alle statt für ein paar wenige. Wir sagen ja zu einer Schweiz des Miteinanders statt Gegeneinanders. Im Alltag, in der Wirtschaft und in der Politik.

Liebe Parteikolleginnen und Kollegen, es gab auch Momente, da hätte ich mir weniger Lebendigkeit gewünscht, und zwar weil ein einzelner Mensch, ein ehemaliger Genosse persönlich stark betroffen ist. Die Reaktionen auf unsere Aufforderung zum Rücktritt von Ricardo Lumengo aus dem Nationalrat waren vielfältig. Einige haben aus berechtigtem Mitgefühl unseren Entscheid kritisiert, vor allem weil er offensichtlich beim Ausfüllen von Wahlzetteln nicht betrügen wollte. Dazu ein paar Bemerkungen. Weder die Geschäftsleitung noch die Parteileitung haben einen Parteiaustritt gefordert, sondern den Rücktritt aus dem Nationalrat. Wir alle können Fehler machen, aber im sehr sensiblen Bereich der Wahlen hat es für einen Nationalrat keinen Spielraum. Wir haben auch immer gehofft, dass wir im Gespräch zu einer gemeinsamen Lösung finden würden, zu unserer Enttäuschung ist das nicht gelungen.

Um zu verstehen, warum wir nach dem erstinstanzlichen Urteil so schnell gehandelt haben, ist folgende Information wichtig: Die Rücktrittsforderung war mit Ricardo Lumengo bereits im September besprochen und schriftlich festgehalten worden. Gegenüber seiner Sektion und gegenüber der Parteileitung hatte er sich bereit erklärt, unabhängig von einem möglichen Weiterzug des Urteils zurückzutreten. Das hat er zu unserer Überraschung nicht gemacht. Trotzdem hätten wir gerne gemeinsam eine Lösung gefunden, statt eines Parteiaustritts.

Liebe Parteikolleginnen und Kollegen, Lebendigkeit im positiven Sinn bedeutet unsere Steuergerechtigkeitsinitiative. Bei der Abstimmung nächsten Sonntag über unsere Initiative werden mit dem JA oder NEIN gleich zwei Fragen beantwortet. Erstens: Lassen wir es zu, dass unser Land immer stärker auseinanderdriftet, weil die Reichsten nicht mehr ihren Anteil an Schulen, Spitälern und Polizei zahlen? Zweitens: Ist Demokratie käuflich? Mit der Steuergerechtigkeitsinitiative wollen wir dem Kapitalismus einen Raubtierzahn etwas abfeilen, für ein Miteinander statt ein Gegeneinander in diesem Land. Und was tun die Superreichen? Sie machen ein Riesengeschrei mit Drohung und Erpressung. Economiesuisse begleitet den Chor unseres Geldadels mit Millionengeklimper. Es ist schlicht unglaublich, wie viel Geld gegen die SP-Initiative eingesetzt wird. So viel kosten sonst nur die Hetzkampagnen der SVP gegen Eingewanderte. Ich bin gespannt, ob die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich von diesen Kampagnen kaufen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lebendig wird auch unser heutiger Parteitag. Wir dürfen euch mit Ursula Wyss eine ausgezeichnete Ständeratskandidatin präsentieren, Simonetta Sommaruga wird erstmals als Bundesrätin zu uns sprechen und ein sehr kontroverses Podium zur Energiepolitik wird ein weiterer Höhepunkt sein. Ich wünsche euch bei all dieser Lebendigkeit viel spannende Anregungen.

## 2. Wahlen zum Parteitag

### 2.1. StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	<b>StimmzählerIn</b>	<b>Ersatz</b>
Tisch 1 und Podium	Janka Hamm	Peter Zenger
Tisch 2	Yolanda Büschi	Peter Kurth
Tisch 3	Theo Balmer	Andreas Heuer
Tisch 4	Armin Gyger	Szabolcs Mihalyi
Tisch 5	Diego Bigger	Julia Strobel

### 2.2. Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Anneke Ramseier, Stefan Neuenschwander und Ruth Steudler.

### 2.3. Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Stauten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie Angelika Neuhaus als Präsidentin.

### 2.4. Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus der Parteileitung: Roland Näf, Sabina Stör Büschlen, Ursula Zybach, Margreth Schär und StimmzählerInnen.

## 3. Genehmigungen

### 3.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.2. Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.3. Protokoll des Parteitages vom 1.9.2010

Das Protokoll wird genehmigt.

## 4. Ständeratsersatzwahlen vom 13.2.2011: Nomination von Ursula Wyss

Nach der Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat muss der Ständeratssitz des Kantons Bern neu besetzt werden. Die SP-Nationalrätin, Ursula Wyss, ist bereit, den SP-Sitz im Ständerat zu verteidigen. Roland Näf ist überzeugt, dass sie die beste Kandidatin ist. Die Arbeit im Ständerat heisst Einfluss nehmen für die Interessen des Kantons Bern und Ursula Wyss kann dies als bestvernetzte eidgenössische Parlamentarierin optimal tun.

## **Rede von Ursula Wyss**

*(Originalrede im Anhang)*

Es ist eine grosse Herausforderung, den Ständeratssitz von Simonetta Sommaruga zu halten. Dies schaffen wir nur gemeinsam, mit einem grossen Kraftakt und viel Einsatz.

Ursula Wyss stellt ihre Kandidatur unter das Motto „miteinander statt gegeneinander“. Sie hat sich für dafür entschieden, weil sie gemeinsam im Kontakt mit der Bevölkerung und im Austausch parteiübergreifend nach Lösungen suchen will. Nur gemeinsam – Stadt und Land – werden wir den Kanton Bern weiterbringen.

Ursula Wyss will für die Mehrheit der Menschen im Kanton Bern Politik machen: Für Arbeitnehmende, die MieterInnen, die KonsumentInnen und für all jene, denen der Umweltschutz und die aktive Familienpolitik wichtig sind. Diese Anliegen können nur erreicht werden, wenn wir eine gerechte Steuerpolitik betreiben. Politik für die Mehrheit des Kantons machen heisst auch, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzusetzen.

Sie dankt allen Anwesenden für die Nomination als Ständeratskandidatin.

## **Wortmeldungen**

### **Alain Sermet, PS Bienne-Romand**

Es ist nicht einfach, den Ständeratssitz von Simonetta zu verteidigen. Ursula sucht nach Lösungen. Sie ist sehr kompetent, motiviert und engagiert. Die Sonntagszeitung nannte Ursula „die einflussreichste Nationalrätin“. Die französisch sprechenden Mitglieder schätzen es, dass Ursula ausgezeichnet französisch spricht. Sie kennt auch die frankophone Kultur sehr gut. Mit Ursula können wir den Ständeratssitz von Simonetta Sommaruga gewinnen. Unterstützen wir sie!

### **Verena Zimmermann, SP Bern Süd**

Ich habe mich sehr über den Parteitag in Lausanne aufgeregt. Wir treffen heute eine wichtige Entscheidung mit der Nomination von Ursula Wyss. Wir sind die RepräsentantInnen unserer Sektionen und unserer Partei. Tragt Sorge zur Demokratie, viele tun dies nicht!

### **Andreas Schefer, SP Bern-Altstadt Kirchenfeld**

Die ist ein toller Abend, wir haben RegierungsrätInnen und sogar eine Bundesrätin hier. Der Saal ist voll, und mit Ursula Wyss haben wir eine würdige Kandidatin hier. Die GegenkandidatInnen von Ursula für die Ständeratsersatzwahlen sind nicht so toll. Der Angriff von Amstutz gegen Simonetta Sommaruga in der Sendung „Arena“ war unfair. Er hat null Anstand und null Kultur in der politischen Auseinandersetzung.

Christa Markwalder ist eine Lobbyistin für die Zürcher-Versicherung, auch Herr Luginbühl ist Lobbyist für die Versicherungen. Beide sind Lobbyisten, aber nicht für Bern.

Der Kanton Bern braucht eine Lobbyistin für den Kanton Bern und das ist Ursula Wyss.

### **Barbara Stalder Ritschard, Präsidentin SP Frauen Kanton Bern**

Ich bin überzeugt, dass Ursula die Frauen im Kanton Bern gut vertritt. Die SP Frauen Kanton Bern unterstützen Ursula Wyss vorbehaltlos.

### **Michael Aebersold, SP Bern-Nord**

Die Mitglieder der SP Bern Nord haben am 15.11.2010 Ursula Wyss als Kandidatin für den Ständeratssitz nominiert. Ich bin überzeugt, dass Ursula eine ausgezeichnete Ständeratskandidatin sein wird.

Im Weiteren erläutert Michael ihren politischen Werdegang.

### **Politische Daten**

Seit 2010	Mitglied des Beirats GEWA Stiftung berufliche Integration, Zollikofen Mitglied des Initiativkomitees der Cleantech-Initiative
Seit 2009	Mitglied der Finanzkommission
Seit 2006	Präsidentin der SP-Fraktion im Bundeshaus, Mitglied des Büros des Nationalrats
2004 - 2006	Vizepräsidentin SP Schweiz
Seit 1999	Nationalrätin
Seit 1997	Vorstand VCS, Kanton Bern
1997 - 1999	Grossrätin (Kanton Bern)
1989 - 1992	Geschäftsleitung der JUSO Schweiz
1989	Beitritt in die SP und JUSO

### **Abstimmung**

Ursula Wyss wird einstimmig als Kandidatin für die Ständeratsersatzwahlen vom 13.02.2011 nominiert.

Ursula dankt für die Nomination. Nur mit einem breiten Engagement kann die SP diesen Sitz verteidigen. Wir verfügen über weniger finanziellen Mittel, deshalb brauchen wir die personellen Ressourcen jedes Einzelnen.

In der Beleitgruppe von Ursula Wyss sind Evi Allemann, Nadine Masshardt, Peter Lauener, Alain Sermet, Marc Gebhard.

### **5. Ansprache Bundesrätin Simonetta Sommaruga**

In ihrer Rede zieht Simonetta Sommaruga eine inoffizielle «24-Tage-Bilanz». Es sind emotionale Themen wie das Scheidungs- oder auch das Konsumentenrecht, die im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angesiedelt sind. Auch Ausländerfragen, Migration und Integration sind grosse Herausforderungen, die zurzeit anstehen. Fast alle Themen in ihrem Departement sind von grosser gesellschaftlicher Bedeutung und Brisanz.

Der Funke zwischen ihr und ihrem Departement ist bereits gesprungen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft, dass eine Sozialdemokratin den Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vorsteht. Das ist nicht einfach, auch weil sie immer wieder andere Positionen als die SP zu vertreten hat. Es bietet die Chance, gesellschaftspolitische wichtige Themen aktiv und verantwortlich mit zu gestalten.

Simonetta unterstützt die Kandidatur von Ursula Wyss, weil sie das Format und die Fähigkeit hat, die es für das Amt als Ständerätin braucht. Als Nationalrätin hat Ursula bewiesen, dass sie über parteipolitische Grenzen hinweg Brücken schlagen kann.

Simonetta wünscht Ursula Wyss viel Erfolg bei ihrer Wahl in die kleine Kammer.

### **6. Nationalratswahlen vom 23.10.2011:**

Listengestaltung inkl. Listenbezeichnung, Listenverbindung mit den Grünen

### **Ausgangslage**

Der Kanton Bern verfügt über 26 Mandate im Nationalrat, davon sind 5 SP-Nationalratssitze.

Die Berner Deputation im Nationalrat setzt sich seit 2007 aus 3 Frauen (Evi Allemann, Margret Kiener Nellen, Ursula Wyss) und aus 2 Männern (André Daguët und Hans Stöckli) zusammen. Zurzeit zeichnen sich keine Rücktritte ab.

Roland Näf erklärt, dass wir diese heutige Lebendigkeit in die Regionen bringen müssen. Wir wollen möglichst die breite Bevölkerung im Kanton Bern ansprechen.

Roland erläutert die Anträge der Geschäftsleitung.

### **Listengestaltung und –bezeichnung**

#### **Antrag 1 der Geschäftsleitung**

- a) 1 Liste unkumuliert: SP Frauen – Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften
- b) 1 Liste unkumuliert: SP Männer – Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften
- c) 1 Liste kumuliert: Liste francophone - Parti socialiste, Jeunesse socialiste et syndicats (Definitiver Entscheid bei PSJB, PSR und PSA)
- d) 1 Liste kumuliert oder unkumuliert: JUSO und Second@s (Definitiver Entscheid bei JUSO und Second@s Plus)

#### **Antrag 2 der Geschäftsleitung**

Die Geschäftsleitung erhält die Kompetenz für weiterführende Verhandlungen mit linken frankophonen Parteien im Berner Jura (PSJB, PSR, PSA) mit dem Ziel, eine „liste francophone“ (kumuliert) für die Nationalratswahlen 2011 zu realisieren.

### **Nomination von QuereinsteigerInnen**

#### **Antrag SP-Sektionen Altstadt-Kirchenfeld, Länggasse-Felsenau, Bern-Nord, Bern-Süd**

"Die Geschäftsleitung nominiert bis zu je 2 Frauen und Männer als QuereinsteigerInnen **zuhanden der zuständigen Sektion, welche die betreffenden KandidatInnen zuhanden des regionalen Parteitages nominiert.**"

#### **Antrag der SP-Sektionen Altstadt-Kirchenfeld und Bern-Nord**

Modifikation des Antrages 3 durch die SP-Sektionen Altstadt-Kirchenfeld und SP Bern-Nord  
"Die Geschäftsleitung nominiert **in Absprache mit den entsprechenden Sektionen** bis zu je zwei Frauen und Männer als QuereinsteigerInnen für die Frauen- und die Männerliste."

#### **Antrag 3 der Geschäftsleitung**

"Die Geschäftsleitung nominiert in Absprache mit den entsprechenden Sektionen **und zuständigen Regionalverbänden** bis zu je zwei Frauen und Männer als QuereinsteigerInnen für die Frauen- und die Männerliste **zuhanden des kantonalen Parteitages.**"

Die Sektionen Altstadt-Kirchenfeld, Bern-Nord, Länggasse-Felsenau sind mit dem modifizierten Antrag 2 der Geschäftsleitung einverstanden.

### **Abstimmungen**

- Die Listenanzahl (Antrag 1 der Geschäftsleitung) wird einstimmig genehmigt.
- Die Listengestaltung (Antrag 2 der Geschäftsleitung) inkl. Kompetenz zur Nominierung von je zwei QuereinsteigerInnen (Antrag 3 der Geschäftsleitung) wird einstimmig genehmigt.

## **7. Ständeratswahlen vom 23.10.2011**

Roland Näf erläutert den Antrag der Geschäftsleitung.

### **Antrag der Geschäftsleitung**

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern und die Grünen Kanton Bern steigen gemeinsam mit je einer Kandidatur in die Ständeratswahlen vom Herbst 2011.

Die genauen Rahmenbedingungen werden in einer Rahmenvereinbarung festgehalten.

### **Abstimmung**

Diesem Antrag wird mit einer Gegenstimme zugestimmt.

## **8. Abstimmungen vom 13.2.2011**

### **8.1. Neues AKW Mühleberg**

Am 13. Februar 2011 entscheiden die StimmbürgerInnen aller Voraussicht nach darüber, ob sich der Kanton Bern positiv oder negativ im Bewilligungsverfahren zu einem neuen AKW Mühleberg einbringen soll. Die BKW planen am jetzigen Standort ein neues Atomkraftwerk mit ca. der vierfachen Leistung des bisherigen AKW. Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für die neuen Atomkraftwerke Beznau, Gösgen und Mühleberg können sich die Kantone äussern. Der Grosse Rat hat im vergangenen Juni vom Regierungsrat eine positive Stellungnahme zum Rahmenbewilligungsgesuch für das neue AKW Mühleberg verlangt. Diese legte der Regierungsrat gemäss Grossratsbeschluss vor, lehnte sie aber gleichzeitig ab. Er schlägt vor, die Stimmbevölkerung über den Bau eines neuen Atomkraftwerkes entscheiden zu lassen. Wenn der Grosse Rat dem zustimmt, wird die entsprechende Volksabstimmung am 13. Februar 2011 stattfinden.

Das Podium mit SP-Nationalrätin Ursula Wyss, SP-Grossrätin Nadine Masshardt, BDP-Grossrat Mathias Tromp und FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen zeigte die unterschiedlichen Ansichten der Energiezukunft. Die beiden bürgerlichen Vertreter Wasserfallen und Tromp wollen weiterhin mit dem Vier-Säulen-Energiekonzept auf Atomenergie setzen. Die bürgerlichen Politiker sehen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der erneuerbaren Energien und warnen vor einer „Stromlücke“. Masshardt und Wyss zeigten hingegen auf, dass mit Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbaren Energien viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können und dass dies auch ökonomisch sinnvoller ist.

### **8.2. Präsentation Gesetz Besteuerung der Strassenfahrzeuge und Volksvorschlag Grossrat Markus Meyer (SP)**

Der Grosse Rat hat im November 2009 eine Teilrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge grossmehrheitlich verabschiedet. Damit sollten die Fahrzeugsteuern generell ein wenig gesenkt und vor allem mit einem Bonus- Malussystem Anreize für ökologische Fahrzeuge geschaffen werden. Dagegen wurde ein Volksvorschlag unter dem Titel «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern» lanciert.

Dieser Volksvorschlag will eine massive Steuersenkung für alle Fahrzeuge, es soll nur noch zusätzlich für die energieeffizienten Fahrzeuge ein Bonussystem geben. Dieser ist sowohl umweltpolitisch wie auch finanziell für den Kanton Bern eine schlechte Lösung. Der Steuerausfall von ca. 100 Mio Franken ist in der heutigen Zeit unverantwortlich.

### **Rede von Barbara Egger-Jenzer, SP-Regierungsrätin**

*(Originalrede im Anhang)*

Barbara Egger-Jenzer zeigt in ihrer Rede auf, dass Atomstrom erstens veraltet und gefährlich ist. Das Schadenpotenzial bei einem Störfall ist gigantisch; die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls ungelöst. Zweitens ist Atomstrom unwirtschaftlich und teuer. Immer mehr Fachleute stellen



die Finanzierbarkeit und Rentabilität von neuen Kernkraftwerken in Frage. Zudem ist Atomstrom nicht notwendig. Die Zukunft gehört eindeutig den erneuerbaren Energien.

## **Wortmeldung**

### **Eduard Kiener, SP Kirchlindach**

Die Meinungen sind gemacht. Es geht nicht um Kernenergie oder erneuerbaren Energien. Es geht um rationelle Energien. Wir brauchen erneuerbare Energie. Für die Entwicklung braucht es viel Zeit und viel Material. Es gibt keine problemlosen Energien. Auch die erneuerbaren Energien haben ihre Tücken. Die Stromlücke ist nicht wegzudiskutieren; es gibt sie.

### **Simon Zurbrüggen, SP Bern Länggasse-Felsenau**

Die beste Investition ist die Investition in Energieeffizienz. Das Vier-Säulen-Energiekonzept des Bundes ist nicht gleichwertig. Die erneuerbaren Energien schaffen nachgewiesenermassen mehr Arbeitsplätze. Gaskombikraftwerke haben eine Laufzeit von nur 15 Jahren und sind somit nicht effektiv.

## **Abstimmungen**

### **Neues AKW Mühleberg**

Die Delegierten der SP Kanton Bern fassen die Nein-Parole für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes in Mühleberg.

### **Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge und Volksvorschlag**

Die Delegierten der SP Kanton Bern fassen einstimmig folgende Parolen:

- Ja zum Gesetzesentwurf
- Nein zum Volksvorschlag
- Bei der Stichfrage ist der Grossrats-Vorlage den Vorzug zugeben

## **9. Ersatzwahl in die Geschäftsleitung**

In den Statuten der SP Kanton Bern im Artikel 11/1 d, Gliederung der Geschäftsleitung ist festgehalten, dass die Berner SP-Deputation im National- und Ständerat eine Vertretung in die Geschäftsleitung delegiert.

Die Berner Deputation im eidgenössischen Parlament delegierte **Ursula Wyss** für den frei gewordenen Sitz in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern.

## **Abstimmung**

Ursula Wyss wird einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

## **10. Resolutionen**

Die SP Kanton Bern ist schockiert über die geplante Schliessung der Roche Diabetes Care in Burgdorf, einem erfolgreichen Unternehmen mit über 300 Mitarbeitenden. Die Schliessung des Standortes ist unverständlich und hat schwere Auswirkungen für die direkt Betroffenen aber auch die ganze Region.

Die SP Kanton Bern kritisiert, dass ein hochrentables Unternehmen wie Roche mit Milliardengewinnen mit solchen Kahlschlagmethoden Arbeitsplätze vernichtet und seine soziale Verantwortung nicht wahrnimmt.

Die SP wird auf allen Ebenen gegen die Schliessung des Burgdorfer Standorts von Roche kämpfen. Die SP nimmt erfreut davon Kenntnis, dass sich der Berner SP-Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher und die Burgdorfer SP-Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch für die Erhaltung der Arbeitsplätze engagieren.

Die SP fordert:

- Roche muss die Schliessung des Standortes Burgdorf zurücknehmen.
- Der Stellenabbau muss auf ein absolutes Minimum begrenzt werden. Entlassungen müssen vermieden werden, ein möglicher Personalabbau soll nur über die natürliche Fluktuation erfolgen.
- Mit einem Sozialplan wird für Arbeitnehmende gesorgt, welche aus familiären Gründen nicht an einen neuen Standort ziehen können, falls ihre Arbeitsstelle in Burgdorf aufgehoben wird.

Die SP erklärt sich solidarisch mit den betroffenen über 300 Arbeitnehmenden und wird alles unternehmen, damit in Burgdorf weiterhin qualifizierte und sichere Arbeitsplätze bestehen bleiben.

### **Abstimmung**

Der Resolution wird einstimmig zugestimmt

### **Wortmeldungen**

#### **Clau Dermont, Sozialdemokratisches Forum**

Zurzeit läuft eine Unterschriftensammlung für die Vereinheitlichung des Stipendienwesens. Er bittet alle Anwesenden, diese zu unterstützen und zu unterzeichnen.

### **11. Schluss des Parteitages**

ca. 22 Uhr

Für das Protokoll



Sonja Walther

- Originalrede von Ursula Wyss, SP-Nationalrätin
- Originalrede von Barbara Egger-Jenzer, SP-Regierungsrätin